Pressemitteilung

Pressereferat
der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
http://www.wiesbaden.de/presse

4. Mai 2021

Planen Bauen Wohnen, Homepage, Verkehr

Kein militärischer Flugverkehr über dem neuen Stadtteil im Ostfeld

Die US-Streitkräfte haben in einer Arbeitsgruppensitzung darüber informiert, dass die Verlegung der Sichtflugroute, die in südwestlicher Richtung des militärischen Flugplatzes in Erbenheim über das Ostfeld führte, zum Jahreswechsel 2020/2021 erfolgt ist.

Wie lässt sich eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Ostfeld und der Betrieb des angrenzenden militärischen Flugplatzes in Erbenheim vereinbaren? Dieser Frage gehen die Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden, die Landeshauptstadt Wiesbaden, die US-Streitkräfte und die zuständigen deutschen Behörden seit dem Jahr 2017 nach. Das Ostfeld liegt ungefähr 1,5 Kilometer westlich des militärischen Flugplatzes in Erbenheim. In dem Areal sind weder Bauverbotszonen noch Lärmschutzbereiche festgelegt, die einer Bebauung aus Gründen des militärischen Luftverkehrs entgegenstehen.

Seit Beginn der Planungen zu einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Ostfeld war es das Ziel, Überflüge mit militärischen Luftfahrzeugen über dem neuen Stadtteil zu vermeiden. Bereits in den ersten Gesprächen zeichneten sich Lösungsansätze ab. Nun informierten die US-Streitkräfte am 21. April in einer internen Arbeitsgruppe darüber, dass die Verlegung der Sichtflugroute zum Jahreswechsel 2020/ 2021 erfolgt ist.

Mit der Änderung der Flugroute ist der Luftraum über dem geplanten Stadtteil im Ostfeld frei von militärischen Flugbewegungen. Über das Entwicklungsgebiet, das eine Fläche

von 450 Hektar einnimmt, führen noch eine Instrumentenflugroute und eine Platzrunde. Die beiden geplanten Baugebiete im Ostfeld werden von diesen Flugrouten jedoch nicht tangiert.

Im September 2020 wurde die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme im Ostfeld von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen. Damit wurde der Weg geebnet, ein Gewerbegebiet und einen neuen Stadtteil zu entwickeln, in dem Wohnraum für 8.000 bis 12.000 Menschen geschaffen werden soll. Rund 30 Prozent der Wohnungen sollen im Rahmen des geförderten Wohnungsbaus entstehen.

+++